



Antrag

des Abgeordneten Dr. Frank Brodehl (fraktionslos)

Corona-Schutzimpfungen – Ungleichbehandlungen geimpfter und nichtgeimpfter Personen durch die Privatwirtschaft verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass gesetzliche Grundlagen dafür geschaffen werden, dass Ungleichbehandlungen Geimpfter und Nichtgeimpfter durch die Privatwirtschaft ausgeschlossen werden.

Begründung

Schleswig-Holstein verfügt mit der Coronavirus-Impfverordnung und der Impfstrategie der Landesregierung über eine hinreichende Handlungsgrundlage für die laufenden Schutzimpfungen der Bevölkerung. Die Impfungen erfolgen auf freiwilliger Basis.

Gleichzeitig existieren gesetzliche Regelungslücken, die zur Folge haben, dass insbesondere für den privatwirtschaftlichen Bereich Ungleichbehandlungen von Geimpften und Nichtgeimpften nicht explizit ausgeschlossen werden können. Dies kann dazu führen, dass geimpfte Personen privilegiert und nichtgeimpfte Personen von Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen werden.

Dr. Frank Brodehl, fraktionslos